

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Instr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr 80.

Sonnabend, den 9. Juli

1898.

### Anmeldung

zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Eibenstock sind, wenn die Aus-  
führung in dem am 1. September beginnenden zweiten Bauabschnitt des Rechnungsjahres  
1898 gewünscht wird, **spätestens bis zum 1. August** bei dem kaiserlichen Postamt in  
Eibenstock anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst in dem nächstfolgenden, am 1. April  
1899 beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Ehemnitz, 4. Juli 1898.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.  
Geister.

Am 10. und 11. Juli dieses Jahres findet im hiesigen Orte der **16. Bezirkstag  
des Feuerwehr-Verbandes** der königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzberg statt.  
Um die an diesen Tagen nach hier kommenden fremden Wehren und Gäste in würdiger  
Weise zu empfangen und ihnen den Aufenthalt in unserem Orte möglichst angenehm zu  
gestalten, bitten wir hierdurch die hiesige Einwohnerschaft, durch Schmücken der Häuser mit  
Flaggen, Guirlanden, Kränzen zc. zur Verschönerung des Festes mit beizutragen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Reizig zum Schmücken bei Herrn  
Schlosser Männel jr., im Restaurant zum „Gambrius“ und im Restaurant „Paradies“  
**unentgeltlich** entnommen werden kann.

Schönheide, am 5. Juli 1898.

### Der Gemeinderath.

In Vertretung:

Leitner, Gemeinde-Vorsteher.

Gr.

### Spaniens Lage.

In Spanien herrscht gewaltige Erregung; selbst die offiziellen  
Drahtmeldungen geben dies jetzt zu. Die Vernichtung des Ge-  
schwaders vor Santiago hat um so größere Bestürzung hervor-  
gerufen, als die von der Regierung anfänglich verbreiteten opti-  
mistischen Nachrichten die Hoffnung erregten, daß es Cervera doch  
noch gelungen sei, nach einem weislich von Santiago belegenen  
Hafen zu entkommen. Der den Spaniern eigene Nationalstolz  
macht es wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Sagasta aus der  
Seele eines überwiegenden Theiles des spanischen Volkes ge-  
sprochen hat, als er auf die Frage, ob er nach dem neuen furcht-  
baren Schlage zu Friedensunterhandlungen geneigt sei, mit einem  
bestimmten „Niemals“ antwortete. In seinem Munde ist dieses  
„Niemals“ nicht mehr der Ausdruck der Zuversicht, daß die Fort-  
setzung des Kampfes doch noch eine Wendung zum Besseren her-  
beiführen könne; es entsprang dem Bewußtsein, daß nicht nur  
er selbst für alle Zukunft ein politisch toter Mann wäre, wenn  
er sich diesem Schlage beugen würde, sondern daß auch die liberale  
Partei für absehbare Zeit zu völliger Nichtigkeit verurtheilt wäre.  
An Friedens-Rundgebungen hat es in Spanien selbst nicht gefehlt;  
sie stammten aber überwiegend aus den Kreisen der industriellen  
Unternehmer und Arbeiter, die die Nachteile des Kriegszustandes  
unmittelbar zu spüren haben. In anderen Schichten der Be-  
völkerung hat der nationale Stolz bisher noch immer die Er-  
wägungen der nüchternen Vernunft, daß Spanien von der Fort-  
setzung des Krieges nichts zu gewinnen habe, zum Schweigen  
gebracht.

Mit um so größerer Deftigkeit richtet sich der Unwille gegen  
die derzeitigen Machthaber. Man macht ihnen auf der einen  
Seite verhängnisvolle Mißgriffe, auf der anderen Seite folgen-  
schwere Untätigkeit zum Vorwurf. Wie weit diese Anklagen be-  
gründet sind, läßt sich heute noch nicht mit genügender Sicher-  
heit übersehen. Daß die Kriegsführung mehrfach vollkommen  
verfehlte Anordnungen getroffen hat, ist allerdings nicht zu be-  
streiten. Durchaus irrig und ungerecht aber wäre es, wenn  
man das gegenwärtige oder das vorige Kabinett Sagasta allein  
oder vorzugsweise für das Unglück verantwortlich machen sollte,  
welches über Spanien hereingebrochen ist. Spanien erntet jetzt,  
was Generationen gesät haben. Die zur Gewohnheit gewordene  
Mißwirtschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ließ  
den Gedanken an eine durchgreifende Umgestaltung der verrotteten  
Zustände überhaupt nicht aufkommen. Wenn bestimmten Personen  
oder Kabinetten ein erhöhtes Maß von Verantwortlichkeit zu-  
zuschreiben ist, so sind es sämtliche Staatsmänner, welche seit  
drei Jahren die Geschicke des Landes zu leiten hatten. Bei  
einiger Voraussicht mußten sie sich schon vor Jahren auf den  
Konflikt mit den Vereinigten Staaten gefaßt machen. Die Drohung  
Cleveland's, daß bei der Fortdauer der traurigen Zustände  
auf Cuba an die Nothwendigkeit herantreten werde,  
thätig einzugreifen, war ein deutliches Zeichen für die stetig an  
Kraft gewinnende Strömung zu Gunsten einer aktiven Inter-  
ventionspolitik. Diese Worte wegen um so schwerer, als sie aus  
dem Munde eines kriegerischen Unternehmungen u. Ausdehnungs-  
gelüsten so wenig geeigneten Präsidenten kamen. Die seit dem  
Winter 1895/96 immer wiederkehrenden Erörterungen des Kon-  
gresses über die Cuba-Frage waren ein weiteres ernstes Sturm-  
zeichen. Ihrer hohen Pflicht und Verantwortung bewußte Re-  
gierungen hätten nicht geäußert, das Land in den Stand zu setzen,  
den drohenden Gefahren wohl vorbereitet entgegenzugehen. Statt  
dessen hat der Verlauf des Krieges gezeigt, daß Spaniens Rüst-  
ungen in jeder Hinsicht unzulänglich gewesen sind. Die persön-  
liche Tapferkeit, welche die spanische Nation von Alters her aus-  
zeichnet, hat auch dieses Mal nichts versagt. Moderne Kriege  
können aber damit allein nicht ausgefochten werden. Die  
Kriegsmittel, die bei gleichwertigen moralischen Eigenschaften  
der Gegner heute den Ausschlag geben, waren theils unzu-  
reichend, theils überhaupt nicht kriegsmäßig im Stande. Die  
Flotte, welche bei der Lage Spaniens und seiner Kolonien  
das wichtigste Kriegs-Instrument bilden mußte, brauchte außer-  
ordentlich lange Zeit, um fessal gemacht zu werden, und mußte  
dann erst durch besondere Mäandere auf ihre Seetüchtigkeit hin  
geprüft werden. Daß die Leistungsfähigkeit der Flotte überdies  
wegen des Mangels an Schlachtschiffen ihrer Aufgabe in keiner  
Weise gemessen war, haben die Ereignisse der letzten Monate  
nur zu deutlich gezeigt. Nach den bisherigen Erfahrungen zwei-

felt wir sehr an der Vertheidigungsfähigkeit der spanischen Fest-  
ungen, da für diese wohl kaum mehr geschehen ist, als für die in  
erster Linie in Betracht kommenden Kriegsmittel. Der Einwand,  
daß Spanien das Geld gefehlt habe, welches zur Ausfüllung der  
Lücken der Wehrmacht erforderlich gewesen wäre, ist nicht durch-  
schlagend, da Spanien bei erstem Willen für diese Zwecke die  
notwendigen Geldmittel mindestens ebenso leicht hätte beschaffen  
können, wie jetzt zur Befreiung der Kriegskosten. Das Schicksal  
Spaniens enthält die Lehre, wie jeder Staat bei Zeiten die Opfer  
bringen muß, die zur Erhaltung seiner Wehrkraft auf der erforder-  
lichen Höhe nothwendig sind, da die modernen Kriegsmittel in  
dem Augenblick, in dem sie gebraucht werden, nicht erst beschafft  
werden können.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Mit dem Verhältniß des Reichs-  
kanzlers zum Kaiser, der den greisen Fürsten als Verwandten  
betrachten und deshalb gewissen kanzlerfeindlichen Einflüssen voll-  
ständig unzugänglich sein soll, beschäftigt sich eine ansehnliche  
inspirierte Zuchrift, die in einem Theil der großen Provinzpresse  
auftaucht. Es heißt dort u. A.: „Natürlich ist nicht gesagt, daß  
nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten könnten, die das  
Bild plötzlich zu ändern und den Rücktritt des Fürsten Hohenlohe  
herbeizuführen vermöchten. Im vorigen Jahre befaßten wir uns  
thatsächlich wegen der durch die Reform der Militär-Strafprozeß-  
ordnung entstandenen Schwierigkeiten in einer ersten Kanzler-  
krise. Aber es handelte sich damals um bedeutungsvolle sachliche  
Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und dem Reichs-  
kanzler. Man kann, ohne von den kommenden Ereignissen eine  
Widerlegung fürchten zu müssen, mit aller Bestimmtheit behaupten,  
daß auch in Zukunft nur sachliche Gründe gewichtiger Art den  
Kaiser veranlassen könnten, sich von seinem jetzigen ersten Rath-  
geber zu trennen.“

— Die demnächst vom preussischen Finanzminister zu berufen-  
de Konferenz der Oberbürgermeister wird sich eingehend mit  
der Frage der Steuerentlastung des Kleingewerbes be-  
schäftigen. Ferner soll erörtert werden, ob die Umgestaltung  
der Gewerbesteuer auf progressiver Grundlage genügt, oder ob es  
zweckmäßiger ist, die von vielen Seiten empfohlene Umsatzsteuer  
einzuführen.

— Hamburg, 6. Juli. Hier scheint jetzt ernstlich gegen  
die Sozialdemokratie gerüstet werden zu sollen. Von den  
verschiedensten Seiten werden Vorschläge zur Reformirung des  
Reichstagswahlvereins gemacht und andere Schritte zur Beschaffung  
der erforderlichen Geldmittel eingeleitet. — Von dem Arbeitgeber-  
Verband Hamburg-Altona ist aus Anlaß des letzten Bäderstreikes,  
der für die Gesellen nutzlos verlaufen ist, ein Aufruf zur Schaffung  
eines Streikabwehr-Fonds erlassen, um das Handwerk zu  
schützen und dem weiteren Umsichgreifen der sozialdemokratischen  
Hochfluth entgegenzutreten. Es wird in dem Aufruf darauf  
verwiesen, daß jetzt wiederum von dem Gewerkschaftsartikel, nach-  
dem der Bäderstreik im Sande verlaufen, der Boykott proklamirt  
worden ist und somit dem Kampf unvertennbar der Stempel der  
Nachfrage aufgedrückt worden ist. Ein Eingehen auf die Be-  
dingungen des Gewerkschaftsvereins würde einer Unterwerfung  
unter alle Nachsprüche der Sozialdemokratie gleichkommen; es  
sei daher ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn alle bürgerlichen  
Parteien energisch den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf-  
nehmen. Einen besonderen Werth gewinnt dieser Aufruf des  
Arbeitgeber-Verbandes deswegen, weil 66 Chefs unserer ersten Kauf-  
mannsfirma ihn mit dem Hinweis unterstützen, daß der über  
eine Anzahl hiesiger Bädermeister von den Führern der Sozial-  
demokratie verhängte Boykott sich nicht allein gegen das Bäder-  
gewerbe richte, sondern nur ein Glied in der Kette derjenigen  
Maßnahmen bilde, deren sich die Sozialdemokraten im Kampfe  
mit den bürgerlichen Parteien und insbesondere zur Vernichtung  
des kleinen und mittleren Gewerbes bedienen. Zur Mitwirkung  
bei der Verwaltung soll die Handelskammer die Ernennung einer  
eigenen Kommission zugesagt haben.

— Oesterreich-Ungarn. Der vom niederösterreichischen Land-  
tag beschlossene Gesetzentwurf, wonach an allen öffentlichen Volks-  
- und Bürgerschulen Niederösterreichs die Unterrichtssprache aus-  
schließlich die deutsche sein soll, hat „Narodni Listy“ zufolge nicht  
die kaiserliche Sanction erhalten. Das „Neue Wiener Tagbl.“  
bemerkt hierzu, daß es aus deutscher Seite ernste Bemühungen

erregen müsse, wenn ein einstimmig gefaßter Beschluß der Ver-  
tretung des Stammlandes der Monarchie, der sich als eine nation-  
ale und unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu uner-  
lässliche Schutzmaßregel darstelle, einfach zurückgewiesen wird.

— Pest, 7. Juli. Die „Pester Lloyd“ und „Budapesti  
Hirlap“ mittheilen, benachrichtigte im Januar d. J. eine hier  
wohnende Blumenhändlerin die Polizei, daß wie ein bei ihr be-  
diensteter Gärtner verrathen, drei Arbeiter einen Anschlag gegen  
den König Franz Josef planten. Auf der Polizei, wohin  
man die Arbeiter führte, leugneten dieselben hartnäckig. Der  
Gärtner beharrte jedoch bei seiner Angabe, daß ein Attentat im  
Dezember geplant gewesen sei. Gestern nun ist laut Gerichts-  
beschluss gegen alle drei Arbeiter Anklage erhoben worden. —  
Dem „Ungarischen Korrespondenzbureau“ zufolge geht aus den  
Einzelheiten des gegen den Kaiser Franz Josef geplanten Kom-  
plots hervor, daß dasselbe nicht erst zu nehmen ist, und kaum  
jemals ausgeführt werden konnte. Zwei der Angeklagten gestanden,  
daß eine Dynamitbombe an eine Stelle hingelegt werden sollte,  
wo der Kaiser niemals vorbeikommt. Die aufs strengste geführte  
Untersuchung hat nichts Verdächtiges ergeben.

— Frankreich. Ueber ein entsetzliches Schiffsun-  
glück, daß sich Montag früh bei dichtem Nebel 60 Meilen südlich von  
Sable Island ereignete, liegen folgende telegraphische Meldungen  
vor: Halifax (Neu-Schottland). Der Dampfer der Allan-Linie  
„Grecian“ traf gestern mit der englischen Bark „Cromartyshire“  
im Schlepptau hier ein. Der „Cromartyshire“ war am 4. d. M.  
früh bei dichtem Nebel 60 Meilen südlich von Sable Island mit  
dem Dampfer der französischen „Compagnie transatlantique“ „La  
Bourgoigne“, der von New-York nach Havre mit 800 Passagieren  
an Bord unterwegs war, zusammengestoßen. Die „Bourgoigne“  
sank fast unmittelbar nach dem Zusammenstoß. Der gesunkene  
Dampfer hatte 191 Passagiere erster Kajüte, darunter 72 Frauen,  
125 zweiter Kajüte, 295 Zwischendeckspassagiere und 220 Mann  
Besatzung an Bord, von denen nach einer der „Compagnie trans-  
atlantique“ zugegangenen Depesche 104 Mann der Besatzung  
und 61 Passagiere gerettet worden sind. Nach den Eintragungen  
des Kapitän's im Logbuch des „Cromartyshire“, eines Schiffes  
von 1554 Tons Gehalt, das sich mit einer Kreiselladung auf der  
Reise von Dünkirchen nach Philadelphia befand, hatte dieser eine  
Fahrt von vier Meilen in der Stunde und ließ jede Minute das  
Rebelhorn ertönen, als plötzlich ein Dampfer im Nebel auftauchte,  
in den „Cromartyshire“ hineinfuhr, die Baden vollständig durch-  
schnitt und die Hauptstapelage herunterriß, so daß das Schiff nur  
auf dem Wasser trieb. Inzwischen war die „Bourgoigne“ im  
Nebel verschwunden. Als um 1/6 Uhr früh der Nebel sich lichte-  
te, sah die Mannschaft des „Cromartyshire“ Boote der „Bourgoigne“  
und die Ueberlebenden auf Theilen des Wracks und auf Fischen.  
Der „Cromartyshire“ lag den ganzen Tag still und nahm die  
Ueberlebenden an Bord. Die „Bourgoigne“ sank binnen 10 Mi-  
nuten. Es heißt, sie habe 18 Knoten in der Stunde gelaufen.  
Um 8 Uhr wurden Kanonenschüsse gehört und, etwa drei englische  
Meilen entfernt, Nothsignale gesehen. Der Dampfer „Grecian“  
machte sich bereits auf den Weg, Hilfe zu leisten; da hörten die Si-  
gnale auf; von dem Schiffe, von welchem sie ausgegangen sein  
mußten, wurde nichts gesehen. Man nimmt an, daß es gesunken  
sei, und neigt zu dem Glauben, daß bei dem Zusammenstoß noch  
ein drittes Schiff betheiligt war. Nach der Aussage der geretteten  
Reisenden von der „Bourgoigne“ blieben die Offiziere bis zuletzt  
auf ihren Posten und gingen mit dem Schiffe unter. Die Scenen  
beim Versinken des Schiffes sollen nach Berichten von Augen-  
zeugen fürchterliche gewesen sein; die Männer kämpften gewaltig  
um die Plätze in den Booten und trieben Frauen und Kinder  
zurück. Aus Mittheilungen von geretteten Passagieren der „Bour-  
goigne“ geht hervor, daß nicht allein keinerlei Versuch gemacht  
worden ist, Frauen und Kinder, geschweige denn irgend einen  
Passagier zu retten, sondern daß die Mannschaft mit fast unglau-  
blicher Barbarei verfuhr, wohl ist der Kapitän auf seinem Posten  
geblieben und mit dem Schiffe untergegangen, aber die Schiffe-  
besatzung hat sich der Rettungsboote bemächtigt u. die Passagiere  
mit Rudern und Bootshaken zurückgetrieben, während sich eine  
Anzahl von italienischen Zwischendeckspassagieren den Weg zum  
Boote mit dem Messer erzwang. Unter den Passagieren sind  
verschiedene Deutsche gewesen, von den Geretteten führt einer den  
deutsch klingenden Namen Otto Kaiser.

— Paris, 7. Juli. Kaiser Wilhelm sandte aus Odde